

Differenzen gekommen sei wegen der politischen Haltung Erzbergers, insbesondere hinsichtlich der Friedensresolution. Mit der Propaganda für die Annexion des Thessalien-Gebietes habe weder er, Thysen, noch Erzberger etwas zu tun gehabt. Erzberger sei mit ihm der Auffassung gewesen, daß für die deutsche Industrie allerdings die Fuge des Friedens sehr vorteilhaft wären, eine territoriale Annexion aber sei bei Erzberger nicht in Frage gekommen. Darüber seien nun zwischen ihm und Erzberger die Meinungsverschiedenheiten entstanden. Sie hätten sich versöhnt, als infolge der Friedensresolution Erzberger politische Stellung sich derjenigen der Sozialdemokratie genähert habe. Da durfte nun von Wert sein, zu diesem Punkte Thysen selber sprechen zu lassen. Er sagte:

"Ich hatte ihm wegen dieser politischen Haltung wiederholt leidliche Vorhaltungen gemacht. Er lehnte aber irgend eine Aenderung seiner Einstellung ab. Ich habe ihn dann wohl bestmöglich angebietet, daß bei dieser Besiedeltheit unserer Aussöhnungen eine weitere gemeinsame Arbeit wohl nicht durchführbar sei, wenn er bei seiner Stellung stehen bleibe. Er antwortete darauf und, wie ich glaube, umgehend, daß er dann bitte, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen, jedenfalls war dies der Sinn seines Schreibens. Ich hätte es in Übereinstimmung mit dem Grubenwohntag sehr gern gesehen, wenn Erzberger eingelenkt hätte und in dem Konzern allzumal geblieben wäre. Den Eindruck, daß er an seiner Stellung irgendwie gelesen hätte, habe ich nicht im mindesten gehabt."

Thysen fuhr dann weiter fort:

"Es hat mir durchaus Rührung abgerüttigt, daß Herr Erzberger keine Einsicht, die er einmal gehabt hätte, nicht änderte, sondern aus ihm die Konsequenz zog, aus dem Konzern aufzuhören."

Weiter war von Hohenlohe Erzberger vorgeworfen worden, daß er in der Frage der Aufschwölle nach seinem Ausscheiden aus dem Thessalien-Konzern andere Aussöhnung gewesen wäre wie früher, daß es also gewissmässig einen Nachteil gehabt habe. Thysen sagt dazu:

"Ich hatte einen solchen Nachteil für ausgeschlossen. Nach mehreren Kenntnis seines Charakters habe ich Erzberger einer solchen Handlungswise nicht für fähig."

Doch auch nach dem Ausscheiden Erzbergers aus dem Thessalien-Konzern — wiederum entgegen den Behauptungen im Prozeß — freundschaftliche Verbindungen bestanden haben, bestätigt Thysen durch folgende Worte:

"Auch nach dem Ausscheiden Erzbergers aus dem Konzern sind noch mehrfach zwischen mir und ihm Briefe gewechselt und auch durch Belanze, die den anderen besuchten, Gedanken ausgetauscht worden. Verblüffend gleichen haben wir uns seitdem nicht mehr. Es hat sich nur ein leine Veranlassung mehr hierzu."

Diese sachlichen Feststellungen därfen angesichts der Tendenz, mit welcher man diesen ganzen Prozeß zu umstehen sucht, nicht ohne Bedeutung sein.

Noch ist Schleswig nicht verloren!

Ein Mitarbeiter aus Nordschleswig schreibt und: Es ist nicht wahr, daß Wort, das jetzt in allen Zeitungen widerhallt: Nordschleswig sei verloren! Es ist nicht wahr!

Richtig ist nur, daß sich unter einem Dutzend Bevölkerung, über die noch zu sprechen sein wird, unter einem Dutzend namentlich aber auch einer höchst ungerechten Wahlkreis-Semantik und einer damit in Verbindung stehenden offensichtlichen Benachteiligung der Deutschen eine soziale Mehrheit in der ersten Zone sich gebildet hat. Richtig weiter ist richtig!

Mit diesem Ergebnis, daß in jenem unbedeutendsten Kreisel sich schließlich eine Mehrheit für den Anschluß an Danmark zeigen willde, hätte man ja rechnen müssen. Aber diese Entwicklung bedeutet noch lange nicht einen Verlust Nordschleswigs, noch lange nicht eine dauernde Trennung. Wenn wir das Ergebnis als uns alle befriedigend erachteten, sowie seine demokratische Würdigung zum Ausdruck kommt, aber vom Standpunkt der reichsdeutschen Interessen aus gesehen, ist es unter Berücksichtigung der Verhältnisse, die in diesem Gebietsspiel bisher geheißen haben, geradezu absurd zu nennen. Die Deutschen haben sich bei der Abstimmung vorerst gehalten, namentlich über die Südkreise, das zu sagen. Wie ungerecht die deutsche Bevölkerung hinsichtlich der Verteilung zwischen der ersten und der zweiten Zone behandelt worden ist, ist außerordentlich das Ergebnis der Abstimmungsergebnisse in Tondern und Hörn. Diese beiden Kreise, die bei einer natürlichen Füllung der Nortengrenze schon in die zweite Zone hätten fallen müssen, haben durch eine erstaunende deutsche Majorität ihre volkstümliche Stimme hinzugetragen: sie wollen bei Deutschland bleiben. Und doch, daß das Abstimmungsergebnis in der ersten Zone nicht ziemlich ist, sondern sie das gesamte Abstimmungsgebiet festgestellt wurde, sollte mir diese Verhältnisstellung, ja diese Vergewaltigung dieser Gebietsteile unausweichlich.

Dennoch dürfen wir nicht von einem Verlust Schleswigs reden. Gerade die entmidelten Umstände zeigen vielmehr, daß die Hoffnung noch lange nicht aufgegeben zu werden braucht, daß wir trotz allem wieder in dieses jetzt den Dänen zufallende Gebiet, den bestimmenden deutschen Einfluß vornehmen werden. Tondern und Hörn werden die Ostholsteiner sein, durch welche wir wieder in die erste Zone kommen. Wir danken, daß auch die Dänen selbst eine Interesse daran haben müssen, keine deutsche Freiheit groß zu ziehen, und darum muß unser Streben, bei welchem wir auf Entgegenkommen Dänemarks hoffen, darauf gerichtet sein, zunächst einmal Tondern und Hörn durch Verhandlungen aus der ersten Zone herauszubringen. Dänemark muß sich daran erinnern, daß eine Erfolg versprechende Lösung aller dieser letzten Fragen nur möglich ist auf der Grundlage des wohl fest verstandenen und sinnvoll angewandten Nationalitätsprinzips."

Aenderung des Friedensvertrages?

Amsterdam, 13. Februar. Wie die englischen Blätter melden, sage Lord Curzon in seiner Rede im Oberhause über den Friedensvertrag, die Zeit werde beweisen, ob seine Ueberer recht oder unrecht gehandelt haben. Keiner seiner Ueberer blide sich ein, daß er ein unvergleichliches Heldentum darstellt. Ich erwarte, daß ein sehr großer Teil davon im Laufe der Zeit abgedämpft werden muß. Der Vertrag mit Deutschland ist jetzt zufrieden und wir haben die diplomatischen und handelsbezüglichen mit diesem Lande wieder aufgenommen. Wenn Deutschland seine Bereitschaft zu rechter Erfüllung der Vertragsbedingungen beweist, so werden wir unser Bestes tun, um ihm bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu helfen.

Amsterdam, 13. Februar. Laut "Telegraaf" erklärte bei der Debatte betreffend eine Abänderung des Friedensvertrages Lord Robert Cecil, wahrscheinlich mühsam oder selber oder später einige Vertragsbestimmungen abzulehnen zu wollen. Er forderte dann eine Zusammenkunft des Völkerkundes zur Verhandlung der russischen Frage. Balfour erklärte, der Friedensvertrag sepe Deutschland in die Lage, selbst die gesamte Entschädigungsumme, die es zahlten sollte, zu nennen und daß die Alliierten einen solchen Vorschlag gegebenenfalls erwogen würden. Niemand könne jedoch sagen, was Deutschland bezahlen würde. Über die Auslieferungsfrage lagte Balfour, die englische Presse habe eine sehr belächtigte Liste aufgestellt. Clemenceau habe es für wünschenswert gehalten, die Liste so sehr wie möglich einzuschränken, habe jedoch hingestellt, dies sei wegen der zahlreichen Beschuldigungen von französischen Abelpersonen unmöglich. Das Amendment wurde schließlich mit 254 gegen 60 Stimmen verworfen.

Basel, 13. Februar. Wie der "Basler Nationalzeitung" und Paris gemeldet wird, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß nach der Aenderung Lord Cursons England, Amerika und Italien in der Aenderung des Versailler Vertrages den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen wollen und daß Frankreich dieser Strömung wird folgen müssen.

Weitere Auslieferungsforderungen

Paris, 13. Februar. Eine Pariser Depesche des "Corriere della Sera" meldet, daß in Paris zurzeit die weiteren Auslieferungsforderungen an Deutschland präpariert werden. Man beschäftigt, auch jene deutschen Politiker zur Auslieferung anzufordern, die die deutsche Regierung zur Kriegszeit zur Deportation und zur Abschlagsnahme französischer Privatwerte, so auch der Erzbergwerke von Orléans, aufgefordert hätten. Vor Mitgliedern der deutschen Regierung wurde nicht geschaut. Der "Corriere della Sera" deutet an, daß Scheidemann und Erzberger auf die neue Auslieferungsfähigkeit gefordert würden. — Der "Secolo" meldet aus Paris: Der Rote Millerand an Deutschland haben die Alliierten angekündigt. Es ist mit weiteren Raten zu rechnen, so auch in der Auslieferungsfrage.

Volle Übereinstimmung im Obersten Rat

London, 13. Februar. Der Oberste Alliiertenrat trat gestern in Downingstreet zusammen; zugegen waren Lloyd George, Millerand, Ritti und Curzon. Die Beratungen hatten allgemeinen und vorläufigen Charakter. Sie galten den hauptsächlichen deutschen und britischen Fragen und dauerten fast Stunden. Ein gut unterrichteter Kreis verlautet, daß die Zusammenkunft in London zwei Wochen dauern wird. Die Verhandlungen gehen langsam von Statten, als in Paris. Der Grund hierfür liegt in der schwierigen Verständigung, da weder Ritti noch Millerand englisch sprechen, was Clemenceau geläufig sprach. Es steht zu erwarten, daß die Mittagspause, die ein amerikanischer Vertreter nahm, an den Verhandlungen nicht teil. Eine weitere Meldung folgt sich auf die Auslieferungsfähigkeit der französischen Industrie. — Der "Secolo" meldet aus Paris: Der Rote Millerand an Deutschland haben die Alliierten angekündigt. Es ist mit weiteren Raten zu rechnen, so auch in der Auslieferungsfrage.

Die Antwort an Holland

London, 13. Februar. In der heutigen Vormittagssitzung des Obersten Rates wurde die Antwort an die holländische Regierung bezüglich der Auslieferungsforderung des vormaligen Kaisers beraten. Es verlautet, daß die Antwort, die wahrscheinlich heute nachmittag aufgestellt wird, erklären werde: Es sei nicht ratsam, daß der Frieden Europas dadurch gefährdet würde, daß dem Kaiser erlaubt werde, an seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte zu bleiben. Im Interesse Hollands wie in dem der übrigen Länder müsse dieser Standpunkt in Erwägung gezogen werden.



Entwaffnung Deutschlands

Paris, 13. Februar. Vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist gestern wiederum General Riebel erschienen, um Erklärungen über die deutsche Armee zu geben. Er segnete die Organisation der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der Sicherheitswehr ausserdem und sprach auch über die Okkupation der Besitzungen. Nach dem "Notiz" hat General Riebel auch von der Zugänglichkeit gesprochen, daß Waffendepots in den deutschen Kolonien verbleiben können. Der Ausschuß, der unter dem Vorsitz von Max Bartho steht, hat einstimmig entschieden, den Friedensminister baldigst darüber zu hören, wie die Friedensverträge laufen, die auf die Entwaffnung Deutschlands Bezug haben.

Ein Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses

Brüssel, 13. Februar. Der internationale Bergarbeiterkongress hat eine Tagesordnung angenommen, die besagt: Angesichts der wiederholten Weigerungen der französischen Regierung, die gewährten Forderungen der Bergarbeiter nach Revision des Rentenabschlusses anzunehmen, möge es der Kongress allen Bergleuten gestatten, den Rohle erzeugenden Ländern zu lädt, sich jeder Widersetzung an Frankreich gegenüber der leichten Vierung zu widersetzen. Im Falle eines Streites der französischen Bergleute soll man sich wehren, Überhaupt zur Kohlenförderung für französische Verbände zu fassen.

Kundgebungen gegen die Auslieferung

Berlin, 13. Februar. Beim Reichspräsidenten laufen auch wiederholt kündige gegen das Auslieferungsgeboten des Vertrages. Es geht um die französischen Forderungen der Regierung, die gewährten Forderungen der Bergarbeiter nach Revision des Rentenabschlusses anzunehmen, nachdem es der Kongress allen Bergleuten gestattet worden ist, den Rohle erzeugenden Ländern zu lädt, sich jeder Widersetzung an Frankreich gegenüber der leichten Vierung zu widersetzen. Ein allen diesen Entschließungen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung, wenn sie dem Auslieferungsgeboten des Vertrages folge, eine Bestrafung könne nur erfolgen auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember und ein Verhandeln über die Auslieferungsfrage sei nur möglich im Sinne unserer Note vom 25. Januar d. J. Endlich wird die Regierung in zahlreichen Entschließungen aufgefordert, nunmehr auch die Gegenseite der Kriegsverbrechen und -Verbrecher aus den Reihen unserer früheren Gegner zu verhängen.

Berlin, 13. Februar. Die Abendblätter melden, daß General Max Graf Montgelas in einem Schreiben energisch dem niederrätseligen Vorwurf der französischen Auslieferungsfähigkeit widerspricht, er hätte in Rom einen geplanten. Weder er noch ihm unterstellt Truppen seien zu irgend einer Zeit in Rom zu gewesen.

Zur Adriafrage

Basel, 13. Februar. Aus Rom wird gemeldet: Großes Aufsehen erregt in ganz Italien eine Veröffentlichung der "Idea Nazionale" zur Adriafrage. Es handelt sich um zwei Dokumente. Das erste ist der Text einer Anfrage der slawischen Regierung an Frankreich wegen einer Militärkonvention zwischen Frankreich und Südmännen, welche sich gegen Italien richten soll. Südmännen will sich dagegen verpflichten, im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und den Mittelmeermächten sein Heer und seine Flotte zu mobilisieren, seine Truppen an die Grenze zu werfen. Das zweite Dokument enthält eine Reihe von Bemerkungen einer Kommission, die wahrscheinlich von der französischen Regierung mit der Prüfung des Entwurfs einer Militärkonvention mit Südmännen beauftragt worden ist.

Ungarn verlangt Volksabstimmung

Paris, 13. Februar. Die ungarische Delegation ist überreicht am Donnerstag nachmittag dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine lange Note mit den Bemerkungen Ungarns zu den Friedensbedingungen der Alliierten. Diese Note wird begleitet von einer Reihe von Dokumenten, deren Veröffentlichung sich die Delegation innerhalb einer Frist von 14 Tagen vorbehält. Die Note besteht auf der Notwendigkeit der Erhaltung des gesetzlichen Unions, verlangt Volksabstimmung für die umstrittenen Gebiete und schlägt die Sicherung des Schutzes der Minderheiten in Siebenbürgen vor. Die ungarische Delegation hält also die von der Friedenskonferenz getroffenen territorialen Klauseln nicht in Betracht zu ziehen.

Wien, 13. Februar. Wie die Blätter aus Budapest erfahren, gibts eine von dem ungarischen Minister des Innern angekündigte Vorschläge an Österreich darin, daß sich Ungarn bereit erkläre, die Verpflichtung Österreichs für längere Zeit vollständig zu übernehmen, wenn Österreich auf die Annexion Deutsch-Westungarns verzichten sollte, für das Ungarn eine territoriale Autonomie auf breiter Grundlage biete.

Holländische Hilfe für das rheinische Industriegebiet

Rotterdam, 13. Februar. Der "Nieuwe Rotterd. Cour." meldet, daß mit den niederländischen Molkereivereinigungen über eine zweijährige Milchversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Verhandlungen stattfinden. Im Sommer sollen täglich 50.000 und im Winter 50.000 Liter Milch geliefert werden.

Der Zugverkehr mit Danzig

Danzig, 13. Februar. Wie die Eisenbahndirection Danzig mitteilt, haben Vertreter der polnischen Eisenbahn-, Post- und Militärverwaltung gestern erklärt, den Verkehr auf der Strecke Danzig-Danzig nicht zu sperren. Sie sind aber scheinbar bereit, falls die zu erwartende Stillung aus Warschau eintrifft, vom 15. d. M. ab bis zur Beendigung der Danziger Wesse alljährlich einen Sonderzug von Berlin über Königsberg-Danzig nach Danzig und zurück verschicken zu lassen. Als Reiseausweis sollen behördliche Bescheinigungen mit dem Zusatz „Für Wesse Danzig“ genügen.

Wirtschaftspläne für das Erste Jahr 1920

Berlin, 13. Februar. Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium nahm zu den kommenden Erntejahr endgültig Stellung. Nach eingehender Aussprache, bei der auch Vertreter der Landwirtschaft wiederholte zu Wort kamen, entschloß er sich, der Reichsregierung vorzuschlagen, daß die Zwangswirtschaft sowohl für Getreide wie für Kartoffeln aufrechterhalten und der Hafer wieder in die Bewirtschaftung einzbezogen werde. Trotz erheblicher Bedenken der industriellen Arbeitnehmer wurden die Mindestpreise, die das Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen hatte, als angemessen anerkannt. Neben einer gezielten Reform der Gewerbeaufsicht auf der Grundlage engster Zusammenarbeit zwischen Gewerberingen und Gewerbeverbänden sollen sofort Verhandlungen gepflogen werden.

Berlin, 13. Februar. Den "Berl. Polit. Nachr." zufolge hat der Reichsverband der deutschen Industrie beschlossen, den Reichswirtschaftsminister nicht zu beladen, wenn die Art der Zusammenlegung nach den Beschlüssen des Reichsrates beibehalten sollte. Da in der Centralarbeitsgemeinschaft zusammengeführte Arbeitnehmerfirma hat einen ähnlichen Beschluss einstimmig der Entsendung der Arbeitnehmer geprägt. Die Beschlüsse sind der Nationalversammlung mitgeteilt worden.

Berlin, 13. Februar. Zu dem Wirtschaftsplan für 1920/21, nach welchem die Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln beibehalten wird, bemerkt das "Berl. Tagebl.", man mag die Fortdauer des Zweiges auch in der jetzigen Einschränkung bedauern, aber man wird sich damit einverstanden erklären müssen, um nicht unabsehbare Gefahren für die Volksernährung heraufzubringen.

Wie die "Deutsche Allg. Zeitg." erfährt, sind an die Öffentlichen folgende Windespreise für die Tonnen der Zwangswirtschaft vorgegeben: Weizen 50 M. der Quintal gleich 1000 M. die Tonne, Roggen 45 M. der Quintal gleich 900 M. die Tonne, Kartoffeln 25 M. der Quintal gleich 500 M. die Tonne.

Vereinbarung im Baugewerbe

Berlin, 13. Februar. Die seit mehreren Monaten bestehenden Lohndifferenzen sind in ersterer Verhandlung vom 13. Februar im Reichsbaudirektorium unter der Leitung des Stadtrats Dr. Hitler erledigt worden. Hierauf wird im Hoch- und Tiefbauverband vom 14. Februar ab bis 31. März 1920 eine Tenerungsablage von 1 Mark für die Stunde gewährt. Großstädte über 100.000 Einwohner, die die Industriegebiete Rheinland-Pfalz, Westfalen, Oberschlesien und für die Unterfelder, die Kurmark und die Lauter-Werke beträgt die Tenerungsablage 25 Mark. So weit durch öffentliche Vereinbarungen höhere Zulagen bereits ergangen sind, bleiben diese bestehen.

Die Einberufung der Nationalversammlung

Berlin, 13. Februar. Präsident Faberbach beschließt laut "Deutscher allg. Zeitg.", die Nationalversammlung zum 24. d. M. einzuberufen. Sollte bis dahin das Material zur Auslieferungsfrage noch nicht so vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Sachen fortfahren.

Vertagung des Kessel-Prozesses

Berlin, 13. Februar. Der Kessel-Prozeß wurde wegen schwerer Entrückung des Angeklagten auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Vorsitzende teilte mit, daß neulich während der Verhandlung des Professors Leyfe ihm ein grauer Offiziersanzug durch zwei Kriegerischkeits beschädigt worden sei.

Kleine Nachrichten

Die preußische Regierung hat durch Erlass vom 4. Februar den Regierungsdirektor Graeven von Vieth zum Landrat in Altenstein ernannt. Graf Vieth ist seit langen Jahren der erste Katholik, der dieses Amt bekleidet.

— London, 13. Februar. Der Kriegsminister erhält die Bekämpfung der Rache, daß Admiral Kutschak und sein Premierminister Polański am 7. Februar auf Befehl des französischen revolutionären Militärausschusses erschossen worden sind.

Berlin, 13. Februar. Nach einer Meldung des "Berl. Pol. Nachr." wird aus London berichtet, daß Konstantin zur See Gurion eine Anfrage an den ersten Lord der Admiralschaft gestellt hat, wann der erste Teil des Regierungsbüros über die Schlacht bei Jutland erörtert werden soll und ob irgend welche amtlichen Berichte vorhanden seien und wann diese veröffentlicht werden sollen. Bei ungenügender Antwort soll energisch gegen die Admiralschaft vorgegangen werden.

Nachrichten aus Sachsen

Auslandschäden des Inlandsbürgertums

Nach einer Mitteilung der Handelskammer Dresden ist in einer von der Handelskammer Leipzig eingerufenen Versammlung von Handelskammer- und Interessentenvertretern, insbesondere der sächsischen und thüringischen Bezirke, heute die formelle Errichtung der Zweigstelle Leipzig des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsbürgertums e. V. vollzogen worden. Die Zweigstelle hat ihre Tätigkeit un